

Bü
Königsfeld im Schwarzwald

30. APR. 2018

1. Kopie: Hr. Dr. Antons / Im d. B. v. V. d. B. /
Hr. Böhmer + Klaus Böhmer Tisch z. L.

Schlehenweg 10
78126 Königsfeld

2. Kopie: zu mir f. 30/104

im April 2018

Offener Brief betreffend der aktuellen Mobilfunkmastplanung der Gemeinde Königsfeld

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Fritz Link,
sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,
sehr geehrte Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte,

mit diesem Brief möchte sich die Bürgerinitiative „Besorgte Bürger Königsfeld“ bei Ihnen vorstellen. Wir sind eine Initiative, die sich die Förderung einer gesunden Umwelt und den Schutz der Bevölkerung in Königsfeld vor gesundheitsgefährdenden Umwelteinflüssen zum Ziel gesetzt hat. In diesem Rahmen kümmern wir uns u.a. um den Schutz von Mensch, Tier und Umwelt vor Mobilfunkstandorten in Wohngebieten und nahe der Wohnbebauung und um alle damit verbundenen nachteiligen Auswirkungen des Betriebes von Mobilfunksendeanlagen.

Aufgrund der schon seit Monaten andauernden nicht öffentlichen Diskussion am Runden Tisch und der nicht vorhandenen Information der Bürger in den betroffenen Ortsteilen über den Stand der Planungen bezüglich Standort und Immissionsbelastung der Basisstationen kann die Bürgerinitiative keine Transparenz erkennen. Die seit einigen Wochen bestehende Bürgerinitiative möchte auf das große öffentliche Interesse der Bürger eingehen und hofft, dass Sie die nachfolgend genannten Ziele und Forderungen der großen Zahl der von uns vertretenen Bürger unterstützen und darin keine Konfrontationsstellung sehen.

Diese Ziele lauten:

- Beteiligung und Information der Bürger bei der Festlegung von Grundsätzen zur Ausweisung von Mobilfunkstandorten in der Gemeinde. Bereits am 06.04.2004 hat das Bundeskanzleramt durch den für Umwelt und Naturschutz zuständigen Ministerialrat bekannt gegeben: „Die Einbeziehung der Kommunen und der Bevölkerung bei der Standortauswahl für Mobilfunkanlagen ist ein wesentliches Element der Selbstverpflichtung, die von den Mobilfunkbetreibern im Dezember 2001 gegenüber der Bundesregierung abgegeben wurde.“
- Minimierung der Strahlenbelastung der Bevölkerung, Urlauber und Kurgäste in Königsfeld und seinen Ortsteilen, denn Königsfeld hat sich als heilklimatischer Kneipp- und Luftkurort profiliert und sollte daher ein Vorbild in Sachen Umweltschutz sein. Ein Vorsorgeplan muss folgende Punkte erfüllen:

- Erstellung eines Standortkonzepts mit Ausweisung von geeigneten Mobilfunkstandorten in einem Abstand von mindestens 2.000 m zu bewohnten Gebäuden
- Die freiwillige Einhaltung niedrigerer Grenzwerte, auch für bestehende Basisstationen sowie eine Leistungsflussdichte im Bereich der Wohnbebauung von maximal $0,1 \mu\text{W}/\text{m}^2$ im Außenbereich, wie vom BUND gefordert (im Vergleich dazu: $0,001 \mu\text{W}/\text{m}^2$ reicht für Handytelefonate, $0,000001 \mu\text{W}/\text{m}^2$ ist natürliche Hintergrundstrahlung).
- Besonderer Schutz gefährdeter Gruppen wie Kinder (Kindergärten, Schulen) und Kranke (Kur- und Rehabilitationseinrichtungen, Altersheime). Hier schließen wir uns den Forderungen des Bundesamtes für Strahlenschutz an.
- Beibehaltung von strahlungsarmen Gebieten außerhalb der Kernorte, um auch Rückzugsorte zu schaffen.

Des Weiteren fordern wir vom Gemeinde- und Ortschaftsrat:

- Die Vertretung der Interessen der gesamten ortsansässigen Bevölkerung, die Auseinandersetzung mit den in der Bevölkerung bestehenden Sorgen und Ängsten, die frühzeitige und neutrale Information über geplante Vorhaben und eine gute Zusammenarbeit mit Interessenvertretungen wie der Bürgerinitiative.
- Die Durchführung einer Bauleitplanung in der Gesamtgemeinde zur Ausweisung geeigneter Mobilfunkstandorte, die den o.g. Kriterien entsprechen; Alternativ Erstellung eines Gutachtens, das die o.g. Kriterien einbezieht und Entwicklung eines entsprechenden Vorsorgekonzeptes für die Gesamtgemeinde, das gegenüber allen anfragenden Betreibern auch künftig eingehalten wird
- Stellungnahme zu einschlägigen Studien, die eine Gesundheitsgefährdung durch Mobilfunkstrahlung nachweisen (z.B. Weltgesundheitsorganisation WHO), denn dieses sind Erkenntnisse, die als gesicherter Stand der Wissenschaft und Technik gelten
- Vereinbarung einer vollumfänglichen Haftung in unbegrenzter Höhe für entstehende Schäden durch Mobilfunksendeanlagen mit den Betreibern bzw. Information der in Frage kommenden Vertragspartner des Betreibers

Im Gegenzug sind wir gerne bereit, die Gemeindevertreter in Form von Informationen und ggf. Expertenwissen zu unterstützen.

Wir möchten klarstellen, dass wir uns nicht als generelle Gegner der Mobilfunktechnologie sehen, sondern für einen gesundheitsverträglichen Ausbau kämpfen.

Die Zukunft der Gemeinde im Hinblick auf ihren Wert als Wohnort, Urlaubsort und heilklimatischer Luft- und Kneipkurort liegt nun in Ihrer Hand!

Wir stehen gerne für weitere Gespräche zur Verfügung und freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen



Tanya Geiger



Thomas Besch

Mitglieder der Bürgerinitiative „Besorgte Bürger Königsfeld“

Kopie geht an:

Frau Landtagsabgeordnete Martina Braun

Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann

Herrn Minister für Umwelt, Klima, Energiewirtschaft Franz Untersteller

Herrn Staatssekretär Dr. Andre Baumann im Ministerium für Umwelt, Klima,
Energiewirtschaft,

Telekom

Presse: Südkurier, Schwarzwälder Bote, WOM, Stadtanzeiger

Und wird veröffentlicht auf www.besorgte-buerger-koenigsfeld.de





Industrie Service

Mehr Sicherheit.
Mehr Wert.

TÜV SÜD Industrie Service GmbH · 80684 München · Deutschland

Gemeinde Königfeld im Schwarzwald
Bürgermeisteramt
Herr Bgm. Fritz Link
Rathausstr. 2
78126 Königfeld im Schwarzwald

| Ihre Zeichen/Nachricht vom | Unsere Zeichen/Name | Tel.-Durchwahl/E-Mail | Fax-Durchwahl | Datum | Seite |
|----------------------------|---|--|---------------|--------------|---------|
| | IS-USG-MUC/dr.gri Dr. Thomas Gritsch | 089 5791-1110 thomas.gritsch@tuev-sued.de | 089 5791-1174 | 16. Mai 2018 | 1 von 4 |

Stellungnahme zum Schreiben der Bürgerinitiative Besorgte Bürger

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Link,

anbei erhalten Sie, wie per E-Mail vom 30.04.18 angefordert, unsere Stellungnahme zu den im Schreiben der Bürgerinitiative Besorgte Bürger (BBB), eingegangen bei der Gemeinde am 30.04.18, aufgeworfenen Punkte.

Zu den Zielen der BBB:

- o Die BBB beruft sich im ersten Ziel auf die Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber aus dem Jahr 2001, in der diese sich zur Einbeziehung von Kommunen und Bürgern in das Standortauswahlverfahren verpflichten. Wie aus einer Pressemeldung des Schwarzwälder Boten vom 21.11.2010 hervorgeht, ist die Interessengemeinschaft Besorgter Bürger der Diagnose Funk beigetreten. Fr. Richter vertritt die Diagnose Funk am Runden Tisch und ist in das Standortauswahlverfahren eingebunden. Inwieweit sich die „Interessengemeinschaft Besorgte Bürger“ mit der Bürgerinitiative „Besorgte Bürger Königfeld“ überdeckt, kann von uns nicht beurteilt werden. Prinzipiell befürworten wir jedoch eine erweiterte Öffentlichkeitsbeteiligung sobald die Grundstücksfragen geklärt sind.
- o Das zweite Ziel der BBB stimmt mit der Vorgehensweise der Gemeinde Königfeld überein. Ziel des Runden Tisches ist es, die Strahlenbelastung der Bevölkerung, Urlauber und Kurgäste in Königfeld und seinen Ortsteilen möglichst zu minimieren. Wäre

Sitz: München
Amtsgericht München HRB 96 869
USt-IdNr. DE129484218
Informationen gemäß § 2 Abs. 1 DL-InfoV
unter www.tuev-sued.de/impresum

Aufsichtsrat:
Reiner Block (Vors.)
Geschäftsführer:
Ferdinand Neuwieser (Sprecher),
Christian Bauerschmidt, Thomas Kainz

Telefon: +49 89 5791-1040
Telefax: +49 89 5791-1174
www.tuev-sued.de/ris

TÜV®

TÜV SÜD Industrie Service GmbH
Niederlassung München
Umwelt Service
Elektromagnetische Umweltverträglichkeit
Westendstraße 199
80686 München
Deutschland



Industrie Service

dies nicht der Fall, hätte sich die Gemeindeverwaltung einfach nicht an dem Standortauswahlverfahren beteiligen müssen. Dies hätte jedoch dann zur Folge gehabt, dass die Telekom Standorte mitten in den Ortsteilen von Erdmannsweiler und Neuhausen errichtet hätte. Dieses Szenarium droht immer noch, falls der Runde Tisch scheitert, aufgrund unrealistischer oder technisch nicht machbarer Forderungen der Vertreter von Diagnose Funk und BUND. Die Telekom hat am letzten Runden Tisch bereits signalisiert, dass, sollte nicht in absehbarer Zeit Bewegung in den Dialog kommen, sie das Standortauswahlverfahren als gescheitert ansehen wird und die Akquisition geeigneter Standorte in den Ortsmitten aufnehmen.

Zum geforderten Vorsorgeplan der BBB:

- Die erste Forderung des Vorsorgeplans ist völlig unrealistisch. Ein Abstand von mindestens 2 km zu bewohnten Gebäuden würde bedeuten, dass es im Gemeindegebiet von Königsfeld, unabhängig von der funktechnischen Eignung, noch Bereiche geben würde mit dem Durchmesser von 4 km, da ein Mobilfunkmast ja nach allen Seiten abstrahlt, in denen sich kein bewohntes Gebäude befindet. Dies ist eindeutig mit einem Blick auf die Landkarte nicht der Fall. Somit ist diese Forderung völlig unrealistisch.
- Zur Einhaltung der BUND Grenzwerte für den Außenbereich verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 28.03.2018 hierzu.
- Die Minimierung der Immissionen für Kindergärten und Schulen war ein wichtiges Kriterium bei der Wahl der Standortalternativen. Größere Kur- und REHA-Einrichtungen sind nach unseren Erkenntnissen in den beiden Ortsteilen nicht vorhanden. Aber gerade für Kur- und REHA-Gäste ist aus unserer Erfahrung eine gute Funkverbindung wichtig, um die Verbindung zu ihren Familien zu halten. Wie unten auch noch näher ausgeführt, minimiert eine gute Funkversorgung auch die Strahlenbelastung für die Handynutzer.
- Die Beibehaltung strahlungsarmer Gebiete führt zu einer überdurchschnittlichen Strahlenbelastung der Nutzer eines Handys in den dortigen Gebieten. Denn diese müssen dann mit vielfach höherer Sendeleistung senden, wie wenn eine gute Funkverbindung bestehen würde. Unsere Erfahrung aus über 1000 Messungen zeigt, dass bei den angedachten Standortalternativen zwischen Erdmannsweiler und Neuhausen, die Strahlenbelastung in den Häusern vorrangig durch die dort verwendeten schnurlosen Telefone und WLAN-Anlagen dominiert werden wird, während die Immissionsbelastung durch Handytelefonate deutlich zurückgehen wird.

Zu den Forderungen der BBB vom Gemeinde – und Ortschaftsrat:

- Die Gemeindeverwaltung war jederzeit bemüht alle Informationen, die veröffentlicht werden konnten, weiterzugeben. Wichtig für die Bürger ist derzeit die Information, dass die Gemeinde mit beträchtlichen Aufwand versucht, die Errichtung von zwei Mobilfunkstandorten in den Mitten der Orte Erdmannsweiler und Neuhausen zu verhindern, durch den Vorschlag eines gemeinsamen, alternativen Standorts außerhalb der Bebauung, der möglichst beide Orte gleichzeitig abdeckt und gleich weit von der Bebauung von Erdmannsweiler und Neuhausen weg ist. Damit dieser Vorschlag umgesetzt werden



Industrie Service

kann, muss jedoch einerseits ein Grundstückseigentümer im fraglichen Bereich gefunden werden, der die Errichtung eines Mobilfunkmast zulässt, andererseits muss der Standort auch technisch geeignet sein, damit er von der Telekom akzeptiert wird.

- Mittels Bauleitplanung lassen sich die Ortsmitten von Erdmannsweiler und Neuhausen nicht schützen, da diese zumeist aus Mischgebieten oder allgemeinen Wohngebieten bestehen. Der wirksamste Schutz vor Mobilfunkstandorten innerhalb der Bebauung und damit das einzig geeignete Vorsorgekonzept, ist die Errichtung von technisch gut geeigneten, hohen Mobilfunkstandorten im Außenbereich, die von allen Netzbetreibern auch akzeptiert werden können. Ist dies nicht der Fall, wird ein zweiter Netzbetreiber aller Voraussicht nach wieder mit der Suche nach einem Standort in den Ortsmitten beginnen.
- Die WHO hat die von Handys ausgehenden elektromagnetischen Wellen 2011 in der niedrigsten Klasse (Gruppe 2B) als möglicherweise krebserregend eingestuft. In dem nicht zurückgerufenen „Fact Sheet Nr. 304“ weist sie hingegen gesondert darauf hin, dass dies nicht für die Abstrahlung von Mobilfunkmasten gilt, da die Strahlenbelastung durch diese deutlich niedriger ist. Konkret wird dort zu Krebserkrankungen die Aussage getroffen, dass es bisher keinen Beweis dafür gibt, dass die HF-Strahlung von Mobilfunk-Sendeanlagen das Krebsrisiko erhöht.

Die typische mittlere Strahlenbelastung im Umfeld von Mobilfunkmasten liegt bei weniger als 5 % vom Grenzwert der 26. BImSchV. Hingegen müssen in „strahlungsarmen“ Gebieten, wie die BBB sie fordert, Handys mit voller Sendeleistung arbeiten, um noch eine Verbindung herstellen zu können. Diese bedeutet für den Nutzer des Handys eine Strahlenbelastung in Höhe von 50 % bis 150 % des Grenzwertes der 26. BImSchV. Die Strahlenbelastung ist also für Handynutzer in der derzeitigen Situation in Erdmannsweiler und Neuhausen um ein Vielfaches höher als die spätere Belastung durch den Mobilfunkmasten. Zu berücksichtigen ist hier allerdings die unterschiedliche Nutzungsdauer. Die WHO- Beurteilung bezieht sich daher ausschließlich auf Vieltelefonierer mit dem Handy, die zudem noch aus schlecht versorgten Bereich oder abgeschirmten Bereichen (Tiefgarage, Keller, Auto) heraus telefonieren. Für die niedrigeren Strahlungsbelastungen durch Handymasten, wenn sie die Schweizer oder Österreichischen Vorsorgewerte in Orten mit empfindlicher Nutzung einhalten, sind bisher keine Gefährdungen bekannt.

- Die Haftungsfrage ist Bestandteil des Mietvertrags zwischen Grundstückseigentümer und Mobilfunkbetreiber. Da die Gemeinde keine Grundstücke in den in Frage kommenden Bereichen hat, kann sie höchstens eine Empfehlung an den Grundstückseigentümer aussprechen.



Industrie Service

Zusammenfassen sei noch einmal betont, dass die Gemeinde mit hohem Aufwand bemüht ist eine Standortalternative mit einer deutlich niedrigeren Strahlungsbelastung zu finden, wie sie die Planung der Telekom vorsieht. Um die Akzeptanz des Netzbetreibers zu finden, der letztlich der Bauherr ist, muss diese Alternative jedoch technisch machbar und wirtschaftlich noch vertretbar sein.



Abteilung Umwelt Service
Elektromagnetische Umweltverträglichkeit

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gritsch' with a stylized flourish.

Dr. Thomas Gritsch
Öffentlich bestellter und beeidigter Sachverständiger für
Elektromagnetische Umweltverträglichkeit (EMVU)

Katja Pflüger

Von: Gritsch Dr., Thomas <Thomas.Gritsch@tuev-sued.de>
Gesendet: Mittwoch, 16. Mai 2018 14:56
An: Katja Pflüger
Betreff: AW: Offener Brief der Bürgerinitiative "Besorgte Bürger Königsfeld"
Anlagen: 1805 STNs Scheiben BI Besorgte Bürger.pdf

Sehr geehrte Frau Pflüger, sehr geehrter Hr. Bgm. Link,

anbei erhalten Sie die gewünschte Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen / Kind regards
Dr. Thomas Gritsch

öffentlich bestellt und beeidigter Sachverständiger EMVU
Niederlassung München
Abteilung Umwelt Service
Phone: +49 89 5791-1110
bile: +49 160/704 38 52
x: +49 89 5791-1174
Email: thomas.gritsch@tuev-sued.de
www.tuev-sued.de/is



Mehr Sicherheit.
Mehr Wert.

TÜV SÜD Industrie Service GmbH
Westendstraße 199
80686 München / Munich
Germany

Aufsichtsrat / Supervisory Board:
Prof. Dr.-Ing. Axel Stepken (Vors. / Chairman)
Geschäftsführung / Board of Management:
Ferdinand Neuwieser (Sprecher / CEO), Dr. Ulrich Klotz, Thomas Kainz

z: München / Headquarters: Munich
ntsgericht München / Trade Register Munich HRB 96 869
UST-IdNr. / VAT ID No. DE129484218
Informationen gemäß § 2 Abs. 1 DL-InfoV unter www.tuev-sued.de/impressum
Information pursuant to Section 2(1) DL-InfoV (Germany) at www.tuv-sud.com/imprint

Diese Nachricht und/oder Anhänge sind vertraulich und können der Geheimhaltungspflicht unterliegen. Wenn Sie nicht der vorgesehene Adressat sind, weisen wir Sie hiermit darauf hin, dass jegliche Nutzung, Weiterleitung und Kopien unzulässig sind. Benachrichtigen Sie uns bitte unverzüglich per E-Mail und löschen Sie diese Nachricht und/oder Anhänge aus Ihrem System.
This mail and/or attachments are confidential and may also be legally privileged. If you are not the intended recipient, you are hereby notified, that any review, dissemination, distribution or copying of this email and/or attachments is strictly prohibited. Please notify us immediately by email and delete this message and all its attachments.

Von: Katja Pflüger [<mailto:Katja.Pflueger@koenigsfeld.de>]
Gesendet: Montag, 30. April 2018 14:24
An: Gritsch Dr., Thomas <Thomas.Gritsch@tuev-sued.de>
Betreff: Offener Brief der Bürgerinitiative "Besorgte Bürger Königsfeld"

Sehr geehrter Herr Dr. Gritsch,

im Auftrag von Herrn Bürgermeister Link übersende ich Ihnen beigefügten Brief mit der Bitte um Stellungnahme.

Vielen lieben Dank.

Herzliche Grüße aus Königsfeld

Katja Pflüger



Sekretariat des Bürgermeisters

Gemeinde Königsfeld

Rathausstraße 2

78126 Königsfeld

Tel. 07725 8009-21

Fax 07725 8009-22

sekretariat@koenigsfeld.de

www.koenigsfeld.de